

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1,40. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Haftstellen-Anzeigen die 3 gelapptene Kolonell-Beile 50. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.



Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von U. Brey.

Druck von E. M. S. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Das Lob des dummen Kerls.

Der Mensch soll sich nicht mit dem Denken bemühen, Dazu ist er nicht geboren, Es übernehmen das gern andere für ihn, Die eigens dazu sind erloren. Vernunft und Verstand sind un bequem; Sei dumm, so machst du dich angenehm!

Der Aufstieg und die Erfolge der organisierten Arbeiterschaft sind das Ergebnis ihrer Solidarität. Wo die Solidarität sich als bewußter Willensausdruck äußert, ist es möglich, die errungenen Erfolge festzuhalten. Bekanntlich gibt es auch unbewußte instinktive Solidarität, die nicht nur bei Menschen, sondern auch bei Tieren in Erscheinung tritt. Am häufigsten dürfte das der Fall sein, wenn die Notwendigkeit der Abwehr, der Verteidigung gegeben ist. Es ist aber auch möglich, daß bei größeren Menschenmassen die Solidarität des Denkens und Fühlens als Folge einheitlicher wirtschaftlicher Verhältnisse vorhanden ist und trotzdem nicht die Solidarität des Handelns. Hier können wir annehmen, daß vielleicht in den meisten Fällen moralische Faktoren mitwirken, als Charakterchwäche, Furcht usw. Bewußt solidarisches Handeln hat zur Voraussetzung Einsicht in die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns. Für die Arbeiterschaft ist damit gesagt, daß sie in die gesellschaftlichen Verhältnisse Einblick gewinnen muß, um in Konsequenz der gewonnenen Einsicht entsprechend handeln zu können. Die gewonnenen Kenntnisse über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge und deren Aufeinanderwirkungen bilden für jede Gesellschaftsschicht, also auch für die Arbeiterklasse, einen wichtigen Machtfaktor. Die Arbeiterschaft bedarf der Solidarität mehr als jede andere Gesellschaftsschicht, weil sie der wirtschaftlich schwächere Volksanteil ist, solange sie nicht solidarisch handelt. Sie wird den Kampf um ihre Kulturansprüche um so erfolgreicher führen können, je gründlicher ihre Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse ist, die die Umstände des Kampfes bilden. Diese Tatsache kennen selbstverständlich auch unsere gebildeten Unternehmer, es kennt sie auch F. R. (Felix Rauh), der in der Nummer 29 der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ in seinem „Was lehrt die Zeit“-Artikel sich mit dem Arbeitsprogramm der Gewerkschaften beschäftigt. Punkt 18, der über Volkserziehung, Einseitigkeit und Unentgeltlichkeit der Schule spricht, gefällt ihm nicht.

Ganz leichtlich leitet F. R. seinen Aufsatz ein, indem er sagt: „So gehört es zweifellos zu den schönsten Zügen des Menschen, daß er darauf bedacht ist, seine Lebenslage ständig zu verbessern.“ ... Dann legt er los über das, was ihm nicht gefallen kann:

„Dem demokratischen Zuge der Zeit, der mißverstandenen Parole „Aufstieg jedem Tüchtigen“ entspricht es, daß man der Gesamtheit des Volkes am liebsten alle Schwierigkeiten aus dem Wege räumen möchte. Vermögen, Herkunft, persönliche Anlage sollen keine Rolle mehr spielen, im Gleichheitsstaate soll jeder mit möglichst geringer Anstrengung den gleichen Weg wie der andere zurücklegen können! Daher werden alle Arbeits- und Prüfungsbedingungen bis auf ein Mindestmaß zurückgeschraubt, in materieller und ideeller Beziehung werden die Anforderungen so gestellt, daß ihnen eben auch die Mittelmaßigkeit, ja schlechthin die Masse überhaupt genügen kann. Sogar die Universitäten verlieren mehr und mehr ihren besonderen, im guten Sinne aristokratischen Charakter und verwandeln sich beinahe in Volkshochschulen, auf denen sich demnächst Hinz und Kunz munter herumtummeln werden.“

Vor allem aber muß eben schon der übertriebene Andrang zu den höheren Schulen, zu den Gymnasien, Realschulen, Lyzeen schwere Besorgnis erregen. Unmittelbar hängt diese Erscheinung wohl auch mit den Kriegsverdiensten zusammen, hierdurch ist ein großer Teil früher weniger bemittelter Schichten in die Lage gekommen, seine Kinder auf höhere Lehranstalten zu schicken.“

Man denke, Vermögen und Herkunft sollen keine Rolle mehr spielen. Zudem verbürgen diese beiden Eigenschaften anscheinend auch die persönlichen Anlagen ohne Rücksicht auf die Länge der Ohren. Es ist gar nicht auszudenken, was das werden soll, wenn Hinz und Kunz durch ihre Anwesenheit auf den Universitäten diese beinahe zu Volkshochschulen stampeln. Und was noch schlimmer ist: die Universitäten verlieren ihren besonderen aristokratischen (natürlich im guten Sinne) Charakter. Ja, ja, das ist die neue Zeit, das Monopol der Weisheit geht zum Teufel. Kinder von Leuten aus weniger bemittelten Schichten maßen sich an, so geschickt zu sein wie solche von Eltern mit Vermögen und Herkunft. F. R. meint allen Ernstes, die Abneigung gegen ernsthafte harte Arbeit sei zum Teil auf die seit einem Menschenalter ausübte systematische Verekelung zurückzuführen, wie sie die sozialdemokratische Presse betrieben hat. Den Nachweis für diese Behauptung zu führen, dürfte F. R. sehr schwer fallen.

Als Mittel zur Abhilfe werden nun Vorschläge gemacht: „Vor allem aber muß den Bestrebungen der Gleichmacherei auf diesem Gebiet (der Schulreform. Die Redaktion) ein fester Kiegel vorgehoben werden... denn sonst würde das wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht der Nation vollkommen vernichtet werden, indem gewisse Stände ein erstickendes Uebermaß an Kräften, andere Stände wieder einen empfindlichen Mangel an solchen erleiden würden.“

Der Zweck der Übung ist ziemlich unverblümt zum Ausdruck gebracht und ist in kurzen Worten ausgedrückt der: Die „große Masse“ soll möglichst in Dummheit erhalten werden. Dumme Arbeiter sind für den Kapitalisten ein besonderes Kapital. Mit unwissenden Leuten kann man alles machen, sogar Gelbe kann man aus ihnen machen. Daß das führende Organ der deutschen Unternehmer sich solche gymnastische Geistesübungen zuschulden kommen läßt, ist nicht gerade erhebernd. Die Rechnung mit den dummen Arbeitern stimmt ja heute auch gar nicht mehr. Nur mit einer intelligenten Arbeiterschaft kann die deutsche Industrie nach dem Kriege ihre alte Stellung auf dem Weltmarkte wieder erobern. Gewiß, eine geistig hochstehende Arbeiterschaft ist selbstbewußt und selbständig, läßt sich nicht von Unternehmern oder deren Vertretern führen. Sie geht ihre eigenen Wege, die sie auf Grund ihrer gewonnenen Einsicht und Kenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge zu gehen für gut hält. Damit möge sich die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ abfinden, und sie wird es um so leichter können, wenn sie beherzigt, was sie in ihrer Nummer 26 (1918) schrieb, nämlich: „daß es unsinnig ist, sich den Zeitverhältnissen entgegenzustellen.“

Liebesgaben für den Kleiderhandel.

Von Robert Reinert (Hannover).

In Friedenszeiten gehörte der An- und Verkauf alter Kleidungsstücke nicht zu dem ehrsamsten Gewerbe, das von den Handelstammern in besonders Schutz genommen wurde. Das hat sich aber im Kriege, wie so manches, auch geändert. Um Geld zu verdienen, ist dem Handel jedes Mittel- und jeder Gegenstand angenehm, alle Bedenken verschwinden, namentlich, wenn den Arbeitern die Taschen leer gemacht werden können. Das beweist der Handel mit alten Anzügen.

Die Reichsbekleidungsstelle hat die Sammlung von getragenen Anzügen eingeleitet. Drei Millionen Anzüge sind erforderlich, um die Arbeiter der Rüstungsindustrie, der Landwirtschaft und der Eisenbahn im Winter mit Arbeitskleidung zu versehen. Hierbon sollen im Wege der freiwilligen Ablieferung eine Million Anzüge aufgebracht werden. Für Anzüge werden nach den Richtlinien der Reichsbekleidungsstelle gezahlt bis zu 75 Mk. für einen gut erhaltenen, bis 45 Mk. für einen mittelmäßigen und bis zu 30 Mk. für einen schlechten Anzug. Es ist aber auch ein Teil der Anzüge ohne Bezahlung abgeliefert worden. Die Anzüge werden von den Altbekleidungsstellen der Kommunalverbände entgegengenommen, desinfiziert und instand gesetzt. Dafür dürfen lediglich die Selbstkosten berechnet werden, jeder Gewinn ist ausgeschlossen. Die Anzüge sind zur Verfügung der Reichsbekleidungsstelle zu halten.

Soweit wäre die Einrichtung der Reichsbekleidungsstelle in jeder Beziehung zu begrüßen. Anders steht es mit der Abgabe der Anzüge an die Bevölkerungskreise, für die die Sammlung bestimmt ist. Hier müssen wir mit aller Entschiedenheit gegen das Vorhaben der Reichsbekleidungsstelle Einspruch erheben.

Die Anzüge sollen in 54 mit den Handelstammern eingerichteten Reichsbekleidungsämtern sortiert und durch den Handel an die Arbeiter abgegeben werden. Damit kommt die Reichsbekleidungsstelle einer Forderung der deutschen Handelstammern entgegen, die auf einer Versammlung am 1. Juli in Hannover beschloffen haben, daß den Reichskleiderlagern auch die Verteilung der für die kriegswichtigen Betriebe bestimmten Kleidung übertragen werden müsse! In dem Beschlusse heißt es dann:

Weiter ist unbedingt zu fordern, daß die Gemeindeverbände auf die Verteilung der gesammelten Kleider überhaupt verzichten. Im Gegensatz zu Forderungen, die die Arbeiter stellen, ist die Reichsbekleidungsstelle den Handelstammern in jeder Beziehung entgegengekommen. Sie hat den Altbekleidungsstellen den Verkauf der gesammelten Kleidungsstücke verboten und den von den Handelstammern errichteten Kleidungsagarn übertragen. Wie diese den Verkauf der Anzüge einrichten, ist ihnen vollkommen freigestellt. Für jedes Kleiderlager kommen zunächst 20 000 Anzüge in Betracht, und zum Verkauf sollen alle Kaufleute zugelassen werden, die vor dem 1. August 1914 den Kleiderhandel mit Bekleidungsgegenständen betrieben haben. Den Kleiderlagern muß der Kommunalverband die Anzüge übergeben, und von dort aus erfolgt die Abgabe an die Konfektionsgeschäfte. Während nun die Gemeinden für die Wiederherstellung der alten Anzüge keinerlei Gewinn machen dürfen, ist den Händlern ein Gewinn von 20 Prozent zugesichert! Das heißt also: Jeder Arbeiter, der einen Arbeitsanzug braucht, ist verpflichtet, den Kleiderhändlern 20 Prozent mehr zu bezahlen, weil die Reichsbekleidungsstelle den Gemeinden nicht gestattet, die von ihr gesammelten Anzüge ohne Gewinn selbst zu verkaufen.

Die Altbekleidungsstellen sind auf den Verkauf aller und auch neuer Kleidung und Wäsche schon lange vollständig eingerichtet. Der Verkauf von 20 000 Anzügen in einem Bezirk erfordert fast gar keine weiteren Kosten, mindestens sind sie so gering, daß der Aufschlag gar nicht bemerkt sein würde. Die Reichsbekleidungsstelle hat nicht gefragt, ob der Verkauf diesen Stellen zu übertragen ist, sondern einfach dem Handel auf Kosten der Arbeiter einen Verdienst von vielen Millionen Mark zugeschanzt. Die Verteuerung der Anzüge um 20 Prozent bringt eine so ungeheure Summe, daß man sich fragen muß, wie denn die Reichsbekleidungsstelle die Aktion beantworten will!

Die Anzüge werden durchschnittlich 80 bis 100 Mk. kosten. Nimmt man nur 80 Mk. an, dann bekommt der Handel von den

gesammelten Anzügen nicht weniger als 16 Millionen Mark Verdienst. Bei drei Millionen Anzügen ist der Verdienst mindestens 50 Millionen Mark. Ein Arbeiter, der einen Anzug haben muß, ist also verpflichtet, zwei bis drei Tage für die Kleiderhändler zu arbeiten. Er ist ganz außerstande, sich dieses Fronddienstes zu entziehen, denn sonst bekommt er eben keinen Anzug. Das ist das Unerschrockenste, was eine Reichsstelle sich jemals hat leisten können. Es ist dies eine Liebesgabe an den Handel, die allein die unglücklichen Arbeiter tragen müssen, die keinen Arbeitsanzug mehr haben.

Dabei ist die Maßnahme nicht einmal zweckmäßig. Würden die Anzüge nur von den Altbekleidungsstellen ohne 20 Prozent Aufschlag verkauft, dann hätte der Arbeiter die unbedingte Gewißheit, daß er an dieser Stelle auch einen passenden Anzug bekommt. Nun aber kann er aus einem Laden in den anderen laufen, ehe er einen Anzug, wie er ihn braucht, finden kann. Also nicht nur wird dem Arbeiter das Geld unnützerweise aus der Tasche gezogen, er muß auch noch viel Zeit und Arbeitsverjämris drangeben, ehe er einen Anzug erhalten kann.

Damit hat die Reichsbekleidungsstelle aber auch die Sammlung der Anzüge völlig lahmgelegt. Wer einen Anzug abgeliefert hat, tat es nicht, damit der Handel überflüssigerweise ein gutes Geschäft macht, sondern um den Arbeitern zu helfen, um seine Pflicht gegen das Volk zu erfüllen. Ein Sturm der Entrüstung wird durch alle gehen, die abgeliefert haben, da jetzt die Aktion nicht mehr allein den ursprünglichen Zweck verfolgt, die Arbeiterschaft mit Anzügen zu versorgen, sondern auch den Handel unberechtigterweise zu bereichern. Wer wird denn nun noch für solche Zwecke freiwillig etwas hergeben? Die zwangsweise Erfassung der Anzüge als Kriegsmaßnahme darf doch auch nicht erfolgen, damit der Handel von vornherein einen bestimmten Nutzen hat. Da mußten die gemeinnützigen Einrichtungen benutzt werden, die bereits vorhanden sind und zur allgemeinen Zufriedenheit arbeiten. Und glaubt man, daß die Arbeiter zu alledem stillzuschweigen haben?

Die Vorstände der Arbeiterorganisationen müssen sofort bei den maßgebenden Stellen vorstellig werden, um diesen organisierten Fiskus auf den Geldbeutel der Arbeiter zu verhindern. Der Verkauf der gesammelten Anzüge muß, wie bisher, auch in Zukunft nur von den Altbekleidungsstellen ohne Gewinnaufschlag erfolgen.

Mehr Schutz der Mieter gegen Mietsteigerungen.

Eine Tagung der Mieteinigungsämter.

Der Wohnungsmangel wird immer mehr zur allgemeinen Wohnungsnot. Damit verbunden ist eine ungeheure Steigerung der Mietpreise. Die Vermieter glauben, die „Konjunktur“ auszunützen zu müssen und nehmen teilweise ganz gewaltige Erhöhungen der Mieten vor. Von einzelnen Städten werden Mietzinserhöhungen um 50 bis 60 Prozent berichtet, und von Hamburg kommt eben die Nachricht, daß die dortigen Hausbesitzer eine Erhöhung um 90 Prozent verlangen. Daß solche gewaltige Erhöhungen, die an Käufer grenzen, den heutigen Verhältnissen entsprechend auch nur den Schein einer Berechtigung haben, wird niemand behaupten können. Da ist es dringend nötig, daß durch reichsgesetzliche Bestimmungen die Mieter gegen solche Ausbeutungen geschützt werden. Die Bundesratsverordnung zum Schutze der Mieter vom 26. Juli 1917 reicht hierfür nicht aus; sie schützt lediglich vor unberechtigter Kündigung. Nach dieser Bundesratsverordnung sind die Einigungsämter ermächtigt, auf Anrufen eines Mieters über die Wirksamkeit der Kündigung des Vermieters, über die Fortsetzung des gekündigten Mietverhältnisses und ihre Dauer sowie über eine Erhöhung des Mietzinses im Falle der Fortsetzung zu bestimmen. Ferner kann ein mit einem neuen Mieter abgeschlossener Mietvertrag aufgehoben werden, falls der gekündigte Mietvertrag vom Mieteinigungsamt für fortbestehend erklärt wurde.

Die Entwicklung der Wohnungsverhältnisse hat gezeigt, daß es weitergehender Bestimmungen zum Schutze der Mieter bedarf. Es wird darum mit Recht eine Erweiterung der Feingruppe der Mieteinigungsämter verlangt. Die Behörden haben sich auch der Notwendigkeit der Abänderung der Bundesratsverordnung vom 26. Juli 1917 nicht verschlossen; es ist eine Abänderung der Verordnung geplant.

Um zu dieser Abänderung Stellung zu nehmen und die Wünsche und Erfahrungen der Mieteinigungsämter für die Befestigung der Neuordnung zum Ausdruck zu bringen, hat die Vereinigung der Mieteinigungsämter eine Tagung der Mieteinigungsämter nach Frankfurt am Main einberufen, die am 5. Juli im dortigen Rathaus stattfand und an der zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden teilnahmen.

Der Kongreß befaßte sich lediglich mit dem Punkt: „Die Abänderung der Mieteinigungsverordnung vom 26. Juli 1917“. Die Referate hierzu hielten Magistratsassessor Dr. Dietrich (Serrin) und Rechtsanwalt Dr. Kumpf (Frankfurt a. M.). Die Redner legten Vorschläge vor, in denen ausgesprochen wird, daß die Mieteinigungsämter sich bewährt haben und ihre Einrichtung in allen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern anzurufen sei. Alle Mietzinserhöhungen für Wohnungen sollen der Genehmigung des Einigungsamtes bedürfen, und zwar einerlei, ob es sich um den Abschluß eines neuen Mietvertrages oder um die Fortsetzung eines bestehenden Mietverhältnisses handelt. Das Einigungsamt soll nach billigen Ermessen unter besonderer Berücksichtigung der tatsächlichen Wohnverhältnisse des Vermieters entscheiden. Der Bindung der Hausbesitzer durch die Schutzbestimmungen für die Mieter entspreche die Notwendigkeit, auch die ertreten gegen ihre Hypothekengläubiger zu schützen.

In ihren mündlichen Ausführungen bezeugten die Referenten die Bundesratsverordnung vom 26. Juli 1917 als sehr lächerlich. Sie biete nur den Mietern Schutz, die eine Wohnung haben, nicht aber auch denen, die eine Wohnung suchen. Diese wären bedürftigsten den Forderungen der Hausbesitzer unterworfen. Die Redner forderten die Genehmigungszwang für Mietsteigerungen und Kündigungen, falls der Mieter mit der Kündigung nicht einverstanden ist. Die Diskussion über die Vorschläge war sehr ausgedehnt. Gegen die Vorschläge wurden teilweise erhebliche Bedenken laut — besonders von Vertretern der Hausbesitzer — sie gingen einzelnen Rednern zu weit. In der Hauptsache dreht sich die Erörterung um die Frage, ob die Genehmigungspflicht für Mietzinserhöhungen obligatorisch eingeführt

benen speziell die Innenbetriebsarbeiter ausgeführt sind. Endlich wurde durch Einführung der Rüstungsbedürfnisse die mehrerliche 24-Stundenarbeit beim Ausführen beschleunigt. Wir wünschen speziell in dieser Frage den österreichischen Unternehmern sozialpolitische Einsicht genug, um dieser Kulturforderung Rechnung zu tragen. Geregelt werden sollen bei den Verhandlungen auch die strittigen Fragen über Sonn- und Feiertagsarbeit, Familienzulagen, Ueberstundenwesen, Urlaub, Schlichtung von Streikverhandlungen, in dem die Antilindigung der Bewegung in der Gemischten Industrie enthalten ist, schreibt am Schluß der Vorfrage: „Für alle Fälle müssen die Arbeiter einen Lohn bekommen, der ihnen gestattet, sich sattzusehen. Von mehr ist ja ohnehin keine Rede bei der entsetzlichen Teuerung und bei dem Lebensmittelmangel, unter dem wir alle, die wir ehlich arbeiten, leiden müssen.“

Schwefelsäuresyndikat.

Die mitteldeutschen Schwefelsäurefabriken haben sich sämtlich zwecks gemeinsamer Verkauf ihrer Fabrikate sowie Wahrung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen zu einem vorläufig bis Ende 1922 laufenden Verkaufssyndikat zusammengeschlossen.

Ein Explosionsunglück

Das sich am 13. Juli in Flauen in der ehemaligen Glühlampenfabrik der Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft ereignete, hat außer beträchtlichem Sachschaden leider auch Menschenleben vernichtet. In einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung machte Oberbürgermeister Lehmann an der Hand von Material, das die zuständigen Behörden zusammengetragen haben, eingehende Angaben. Sofort getötet wurden 163 Personen, 177 Personen sind mehr oder minder schwerer Verletzungen wegen ins Krankenhaus übergeführt worden. Von den Schwerverletzten sind noch 129 verschieden, so daß die Gesamtzahl der ums Leben gekommenen Personen 292 beträgt. Ueber das Unglück selbst und die Möglichkeit seiner Entstehung gehen die Berichte der Augenzeugen auseinander. Davon können alle überein, daß der Brand mit unmittelbarer Schnelligkeit um sich geißelt haben muß. In der Zeit von wenigen Minuten, ja, vielleicht nur Sekunden, war das Unglück geschehen. In der vierten Stunde des Nachmittags sahen Umwähler vom Zeppelinplatz in dem am äußersten Westend gelegenen, von Wiebe und Feld umgebenen großen dreistöckigen Gebäude der ehemaligen Glühlampenfabrik plötzlich eine mächtige Flamme emporwobeln. Sofort schien aber auch fast das ganze Innere des ausgedehnten Hauses in Flammen zu stehen. Die hinzueilenden Leute, denen sich Soldaten aus der Kaserne zugesellten, taten zur Rettung der im Gebäude beschäftigt Gewesenen, Frauen und Mädchen, was nur irgendwie möglich war. Für viele kam aber die Hilfe schon zu spät. Allen Anschein nach entzündet der Brand im Erdgeschloß und verbreitete sich mit Blitzeseile, wohl durch das Treppenhaus, über alle Stockwerke. Wer von den dort tätigen, gewöhnlich Arbeiterinnen nicht sofort umgekommen ist, erlitt schwere Brandwunden; nur der kleinere Teil der Frauen und Mädchen scheint unversehrt davongekommen zu sein. In denkbar kurzer Zeit war unter dem Kommando von Offizieren der militärische Rettungsdienst organisiert, mit dem die Löscharbeit der Feuerwehr Hand in Hand ging. Der Brand im Fabrikgebäude war innerhalb weniger Stunden gelöscht. Der noch neue, knapp ein Jahrzehnt stehende Bau ist nur wenig beschädigt. Sogar die aus starkem Doppelglas hergestellten und deshalb schwer zu brennenden Fenster Scheiben sind zum Teil noch ganz geblieben.

Papier-Industrie

Die Papierfabrikanten als Preistreiber im In- und Auslande.

Vor dem Kriege standen die deutschen Papierfabrikanten bei ihren Berufskollegen im Auslande in keinem besonders günstigen Ruf, weil sie durch Konkurrenzpreise auf dem Auslandsmarkt sich Absatzgebiete zu sichern suchten und damit die Unternehmer des Auslandes vom eigenen heimischen Warenmarkt verdrängten. Das gleiche Preismanöver übten sie mit oftmals recht traurigem Erfolge auch im Inlande. Die Folgen dieser Schmutzkonkurrenz traten in den schlechten Geschäftsergebnissen selbst technisch hochstehender Betriebe und in der jammervollen Entlohnung ihrer Arbeiterschaft zutage.

Seitdem ein großer Teil der deutschen Papierfabrikanten mit Hilfe ihrer während der Kriegszeit ausgebauten Unternehmerorganisationen in die „edle Sekte“ der Kriegsgewinnler aufgenommen wurde, hat sich das Blatt etwas gewendet. In der Entlohnung und Behandlung ihrer Arbeiter sind sie allerdings mit wenigen Ausnahmen die gleichen geblieben. Dagegen treten sie im Auslande nicht mehr als Schmutzkonkurrenten auf, wie sie dem auch im Inlande es verstanden haben, sich vom „billigen Jakob“ zum Preisbildner zu entwickeln. Im Inlande haben sie es seit einigen Jahren ausgezeichnet verstanden, nach oben preisregulierend zu wirken, und soweit eine Papierausfuhr noch möglich ist, verstehen sie es auch, „angemessene“ Preise zu nehmen. Noch nobler treten die Papierfabrikanten sogar als Käufer im Auslande auf; sie, die ehemals als Knicker und Schmutzkonkurrenten verschrien waren. Der „Deutsche Papiermarkt“, das Organ der Papier verarbeitenden Industrien, weiß in seiner Nummer 12 zu berichten, daß die sächsischen und schlesischen Papierfabrikanten in Oesterreich das Papierholz weit über Höchstpreis bezahlt haben.

Die österreichischen Holzwirtschaftsbehörden haben zur Sicherstellung der Brennholzbeschaffung für die eigene Bevölkerung die Holzausfuhr wesentlich beschränkt und Holzbeschlagsmaßnahmen im Lande vorgenommen. Da ein großer Teil der Papierfabrikanten Sachsens und Schlesiens während der Kriegszeit auf die Papierholzausfuhr aus dem mit Holzreichtum gesegneten Oesterreich angewiesen ist, so kann man die Erbitterung dieser Fabrikanten über die Maßnahmen der österreichischen Holzwirtschaftsbehörden schon verstehen, zumal bekannt ist, daß Industrie und Bergbau in Deutschland zum Nothelfer der österreichischen Volkswirtschaft während der Kriegszeit geworden sind, und die deutsche Landwirtschaft, trotz der empfindlichen Lebensmittelnappheit im eigenen Lande, zeitweilig als Nährmutter für die Doppelmonarchie mit herangezogen wurde. Unter Verdrüßigung dieser Tatsachen ist die Erbitterung der Papierfabrikanten verständlich, wenn ihnen von den Holzwirtschaftsbehörden des „treuren Verbündeten“ die Holzausfuhr erschwert wird und sie in Erfahrung bringen, daß trotz der angeblichen Holznot in Oesterreich eine Wiener Firma die Genehmigung zur Ausfuhr von 60 000 Festmeter Holz nach Holland von denselben Holzwirtschaftsbehörden erhalten hat.

In seinem Entrüstungsbaumel über die mangelhafte Bruder-treue entschüpft aber dem „Deutschen Papiermarkt“ ein Geständnis, das für die deutschen Papierverbraucher und -konsumenten ebenso wichtig ist wie die Maßnahmen der österreichischen Holzwirtschaftsbehörden für die Papierfabrikanten. Weil nun die deutschen Papierfabrikanten, die in Oesterreich Papierholz geschmuggelt haben unter bedeutender Ueberföhrung der Höchstpreise, jetzt daran gehindert sind, schreibt das Organ der Papier verarbeitenden Industrien:

„Die k. k. Wirtschaftsstellen erklären nunmehr regelmäßig gegenüber Anträgen auf Ausfuhrbewilligung für Zellstoffholz — und in dieser Maßnahme liegt zweifellos eine schwere Geföhrdung unserer reichsdeutschen Papiererzeugung —, daß sie den deutschen Käufern von der zur Ausfuhr beantragten Menge die Hälfte darun-

freigeben wollen, wenn die andre Hälfte einer österreichischen Fabrik angeboten und — natürlich doch höchstens zum Höchstpreise — überlassen würde. Für den Fall, daß diese Bedingung nicht innerhalb kürzester Frist — bei der in Frage kommenden Entfernung kann man ruhig sagen: umgehend — erfüllt würde, drohen die k. k. Wirtschaftsämter mit Beschlagnahme und Enteignung der gesamten, zur Ausfuhr beantragten Menge unter Festsetzung des Preises durch das k. k. Ministerium. Eingehend betrachtet heißt das, daß der deutsche Holzkäufer von seinem zu höchsten Preise gekauften Eigentum die Hälfte unter hohem Verlast an ein österreichisches Werk abgeben müsse, wenn er die andre Hälfte der Verwertung zuführen will, denn es ist von vornherein klar, daß die k. k. Behörden den von ihnen selbst festgesetzten Höchstpreis, der weit unter dem von deutschen Firmen gezahlten Einkaufspreis liegt, nicht übersteigen lassen werden. Der deutsche Verbraucher muß also für den österreichischen einen Teil der Holzaußengelder bezahlen, wenn er überhaupt einen Teil seiner rechtmäßig erworbenen Rohstoffe verfrachten will.“

Die „alle eheliche Entrüstung“ der Holzpreistreibenden Papiermacher über die Schikanen der österreichischen Holzwirtschaftsbehörden, die nun gar nicht einsehen wollen, daß die Festsetzung von Holzhöchstpreisen die größte Dummheit war, die sie begehen konnten, ist begreiflich und ebenso verständlich wie die Entrüstung des Kriegsgewinners, der von den Aufsichtsbeamten dabei geschnappt wird, wie er die mit Wucherpreisen auf Schleichhandelswegen erworbenen Lebensmittel nach den heimatischen Penaten schaffen will, und der gar nicht verstehen kann, daß den Behörden immer noch das Verständnis dafür fehlt, daß zum „Durchhalten“ eines echten deutschen Patrioten auch die „rechtmäßig“ erworbenen Futtermittel gehören. Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet bedeutet das Verhalten der bundesrätlichen Behörden, die den Zuschauer Grundsat: „Jeder echte Patriot lebt nach seinem Geldbeutel!“ noch immer nicht voll anerkennen wollen, eine Schikane.

Nun haben die Papierfabrikanten die deutsche Regierung zur Vertretung ihrer gefährdeten Interessen mobil gemacht, die dafür sorgen soll, daß das unter Ueberföhrung der Höchstpreise zu Wucherpreisen erworbene Papierholz keinem Eigentümer ungeschmälert zugeführt wird. Sollten die Bemühungen der deutschen Regierung mißlingen, dann Michel — heißt die Fühne zusammen und mache den Geldbeutel recht weit auf! So wie jeder Schleichhändler die ihm aufgebürdete Strafe und den Verlust der ihm beschlagnahmten Waren wieder auf die neuen Schleichwaren aufschlägt, so sollen auch die deutschen Konsumenten der Papier- und Zellstoffindustrien dafür geschöpft werden, daß die österreichische Regierung das zu Wucherpreisen erworbene Papierholz nur mit den Höchstpreisen vergüten will. Der „Deutsche Papiermarkt“ weiß darüber zu berichten:

„Sollten auf Grund der inzwischen eingeleiteten neuen Verhandlungen die Maßnahmen der österreichischen Stellen nicht sofort rückgängig gemacht oder doch wenigstens wesentlich modifiziert werden, so ist eine schwere Schädigung der deutschen Holzverbraucher unausbleiblich, die sowohl auf die Menge als die Preise ihrer Erzeugnisse empfindlich zurückwirken würde. Es wird deshalb heute schon von allen Seiten darauf hingewiesen, daß im Falle der Aufrechterhaltung der österreichischen Maßnahmen mit wesentlichen Preiserhöhungen für alle Erzeugnisse gerechnet werden müsse. In erster Reihe kommt dabei auch Zeitungspapier in Frage, das das Haupterzeugnis der betroffenen schlesischen und sächsischen Werke ist. Preise und Publikum würden die Leidtragenden sein, und erscheint es daher angebracht, heute schon die Gründe und Zusammenhänge zu erklären. Inzwischen bleibt ja noch zu hoffen, daß neuerliche Vorstellungen die dringend erwünschte Wendung herbeiführen. Im Hinblick auf die nach der österreichisch-holländischen Vereinbarung wohl zweifellos nicht bestehende Holznot dürften unsere Behörden jedenfalls die drohende Benachteiligung unserer Industrie verhindern können, zumal es sich nicht um prinzipielle Fragen oder nur das Interesse einiger Werke, sondern um wesentliche Teile der Presse und somit allgemeine Interessen der gesamten Bevölkerung handelt.“

Selbstverständlich hat das deutsche Publikum, und voran die Presse, ein großes Interesse daran, daß die deutsche Papier- und Zellstoffindustrie ausreichend mit Papierholz versorgt wird. Wenn aber die geschädigten Papierfabrikanten verlangen, daß diese Kreise sich freiwillig vor den in Oesterreich stehenden gebliebenen Wucherpreisen der sächsischen und schlesischen Papierfabrikanten spannen sollen, so ist diese Zumutung doch ein starkes Stück. Aufgabe der Presse ist es, jeden Wucher zu bekämpfen und jede Preisereberei zu brandmarken, gleich, von welcher Seite sie auch ausgeht werden. Unter solchen Verhältnissen wird der Wunsch der Industrierellen nach voller Bewegungsfreiheit und ihre Angst vor jedem Eingriff des Staates in ihre angeblichen Rechte begreiflich. G. St.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der Tapezierer-Verband im Jahre 1917.

Am Schluß des Jahres 1916 hatte der Verband der Tapezierer und veranlaßter Berufsgegnossen 2074, Ende 1917 dagegen 2570 Mitglieder. Der Zuwachs von 496 Mitgliedern kommt fast ausschließlich auf die weiblichen Mitglieder. Deren Zahl ist im Laufe des Jahres von 255 auf 734 gestiegen. Die Zahl der männlichen Mitglieder vermehrte sich nur um 47. Ende 1915 hatte der Verband 2430 männliche und 163 weibliche Mitglieder. Ende 1917 zählte er 1836 männliche und 734 weibliche Mitglieder. Besonders zahlreich sind die Tapezierer in den Flugzeugbetrieben beschäftigt. Hier geht die sonst von Männern ausgeführte Arbeit mehr und mehr auf weibliche Arbeitskräfte über. Der Bestand der Hauptkasse hat sich gegen das Vorjahr um 3577 Mark gebogen, er beträgt am Jahreschluß 182 148 Mk. Der Bestand der Lokalkassen ist von 103 278 Mk. auf 97 797 Mk. gesunken, was auf die hohen Ausgaben für Unterstützungswecke zurückzuführen ist. Die Lokalkassen gaben für Kostenausstattung 10 581 Mk. und für Arbeitslohnunterstützung 248 Mk. aus. Die Hauptkasse wandte für Kostenausstattung 20 062 Mk. und für die übrigen Unterstützungsweize 8545 Mk. auf.

Berichte aus den Zabistellen.

Freiberg i. S. (Das erste Tausend Mitglieder über- schritten.) Diese freudige Nachricht kam der Bezirk Freiberg, Verband der Fabrikarbeiter, allen Verbandskollegen und -kolleginnen zurufen. Es war ein langweines, aber zähes Bauen, das uns die Tausend ermöglicht hat. Im Freiberger Bezirk war bis 1913 der städtische Bergbau der Haupterwerbszweig. Die Arbeiterschaft zeigte außerst wenig Interesse für die gewerkschaftlichen Organisationen, obwohl der Lohn nur wenigen Ausnahmen außerst unzureichend war. Um den Arbeitern ihre traurige Lage nicht zum Bewußtsein kommen zu lassen, war auch hier für die verschiedenen Wohlfahrtsvereinigungen gesorgt, und wir haben sie in der Regel als Fesseln für die Arbeiterschaft kennen gelernt. Private Industriezweige waren nur spärlich vorhanden, auch wurde deren Einführung als

väterlicher Widerstand entgegengekehrt. Die meisten Herren Stadtväter waren jedenfalls der Ansicht, vermehrte Arbeitsgelegenheit bedeutete Aufwärtsbewegung der Löhne, und davor hatten sie Angst. Doch ungeachtet dieser Hemmnisse arbeiteten die Kollegen an der Ausbreitung der Organisation. Erfolge und Mißerfolge wechselten. Doch wir ließen uns dadurch den Glauben an den endlichen Erfolg nicht rauben. Alle hatten erkannt, daß dies der einzig sichere Weg sei, Lohn und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Jeder wollte mit Anteil haben an der Bearbeitung des überaus harten und steinigen Bodens. Das erste Hundert wurde mühsam erreicht. Aber es fehlte an genügend gesuchten Agitationskräften, um den weitausverteilten Bezirk zu bearbeiten. Auf unser Ersuchen haben dann der Gutvorstand Gellomittel und die Zabistellen Dresden und Plauenischer Grund Agitationskräfte zur Verfügung gestellt. Der Erfolg war ein guter, die Arbeiter der Düngefabriken traten dem Verbands bei. Zahlreich hatten sie bei schlechter Entlohnung unter gesundheitsgefährlichen Umständen ihre Arbeitskraft gespart. Die Not machte sie zugänglich für die Ziele des Verbandes. Schon viel zu lange mußten sie den Weg des Bittens und Bettelns gehen, um die ärmliche Existenz freieren zu können. Immer weiter zogen sich die Kreise der Organisation. Für die kleine Schar der Agitatoren erwuchs ein Tätigkeitsfeld, zu dem ihre Kraft nicht mehr ausreichte. Wieder war es die Guleitung, die helfend eingriff und dadurch einen großen Teil Arbeiter der Papierindustrie dem Verbands zuführte.

Diese Vorgänge machten das hiesige Unternehmertum aufmerksam, es fürchtete bereits die aufkeimende Organisation. Durch Maßregelung einzelner Agitatoren wurde versucht, Furcht in der Arbeiterschaft zu erzeugen und dadurch das alte Joch der Abhängigkeit aufrecht zu erhalten. Der Organisationsglaube war aber schon zu tief in der Arbeiterschaft verankert, und der gewünschte Erfolg blieb den Unternehmern verjagt. Es ging rasch vorwärts, so daß wir uns genötigt sahen, neue Wege einzuschlagen, sollte uns die Arbeit im Bezirk nicht über den Kopf wachsen. Auf halbem Wege durften wir nicht stehen bleiben. So wurde denn einer außerordentlichen Generalversammlung im Juli 1912 der Vorschlag unterbreitet, sich mit der Zabistelle Plauenischer Grund zu verbinden. Dieser Vorschlag wurde als gut anerkannt und dessen weitere Erledigung einer Kommission überwiesen. Eine am 29. August 1912 tagende Versammlung beschloß einstimmig, sich der Zabistelle Plauenischer Grund anzuschließen. Die Beschäfte würden nunmehr von einer ständigen Kraft erledigt. Der Fortschritt machte sich sehr bald in der Mitgliederzunahme bemerkbar. Lohnbewegungen konnten mit Erfolg durchgeführt werden, was wesentlich zur Festigung des Mitgliederbestandes beug. Bereits im Juli 1914 konnte die Zabistelle 500 Mitglieder aufweisen. Der Krieg mit allen seinen Schrecken vernichtete leider auch unter so mühsam aufgebautem Werk. Gegen 200 unserer tätigen Kollegen mußten ins Feld, eine Reihe wankelmütiger legte sich die Eigenheiten der Hälten zu, der Trümmerruinen war da. Nur mit großer Mühe gelang es unsem schwer kranken Kollegen, die Verbandstätigkeit im Bezirk aufrecht zu erhalten. Die kurz nach Kriegsausbruch eintretende Arbeitslosigkeit und die fortwährende Verödung der Unternehmern, sie würden während der Kriegszeit die Arbeiter nur aus Menschlichkeit beschäftigen, ließen die alte Sklavensucht noch erliegen. Gleichgültigkeit des einzelnen und Stagnation des Verbandes traten ein.

Zwei Jahre Krieg, unerhörte Teuerung und niedrige Hungerlöhne, das heißt also: die Rebellion des Magens, mußten erst wieder den Organisationsgedanken neu beleben. Es entstand unter der Arbeiterschaft die Frage: Wer hilft uns in dieser Not? Die Einsichtsvollen haben bald den Weg gefunden. Der Bergbau, die Einzige, die Einigkeit der Lösung. Die Arbeiterschaft der Bezirke, die noch leidlich organisiert waren, ergriff die Verbandsleitung, Lohnforderungen zu stellen, die auch infolge der glänzenden Ueberhöfungen, die die Unternehmer erzielten, bewilligt wurden. Nun wurden auch die Arbeiter anderer Betriebe aufmerksam und fanden den Weg zur Organisation wieder. Die Nachfrage nach Arbeitskräften mehrte sich. Im Verbandsbureau herrschte wieder reges Leben. Versammlungen, Hausagitation und Flugblätterverbreitung traten wieder in Erscheinung. Die Hütten von Halsbrüde und die Muldenhütten, die bis zum Jahre 1917 als der dunkelste Punkt im Freiberger Bezirk galten, wurden in Angriff genommen. 300 Maßnahmen in einer Woche war hier das erfreuliche Ergebnis der Agitation. Wie notwendig hier die Organisierung der Arbeiter war, zeigte uns eine ausgenommene Lohnsituation. Trotzdem das Werk flottlich ist und stets reichliche Ueberhöfungen erzielt hat, wurden die Arbeiter mit recht niedrigen Löhnen abgeseißelt. Durch eine Petition an den Sächsischen Landtag erreichten die Arbeiter Lohnzulagen. Von einem Ausgleich kann aber noch nicht gesprochen werden. Eine restlose Organisierung aller Hüttenarbeiter ist Bedingung, um ihren weiteren Forderungen die notwendige Geltung verschaffen zu können. Wer erkennt will, muß auch täten. In der Papierfabrik Weipenborn waren, begünstigt durch die Bedürfnislosigkeit der dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Befahrung und Entlohnung außerst schlecht. Mit Wohlfahrtsvereinigungen aller Art wurde die Arbeiterschaft beglückt. Die Beamtenschaft tat das übrige, durch schändliche Behandlung den Arbeitern Furcht und Demut beibringend. Doch der Druck der Direktion bewirkte auch hier wie so oft das Gegenteil; eine große Zahl Arbeiter schloß sich dem Fabrikarbeiterverbande an. Durch Kritik in der „Vollzeitung“ und im „Proletarier“ über Behandlung und schlechte Löhne wurde schon vor dem Kriege manches erreicht. Es gab „freiwillige“ Zulagen. Dabei wurden aber immer Leute gemüßregelt, die nur das getan hatten, was die Direktion in Weipenborn für sich als Ehrenpflanze hält: sie hatten sich organisiert. Die Direktion verbandete großmütig, sie wolle die Arbeiterschaft während des Krieges durchschleppen. Daß die Firma während der Kriegszeit den höchsten Dividendenpaß erreichte, sei nur nebensächlich erwähnt. Ist für die Arbeiter die Kriegszeit eine harte Zeit, so für die Weipenborner Papierarbeiter ein einzig langer Leidensweg. Mit vieler Mühe und Entschlossenheit war es gelungen, den Lohn für Mänliche auf 40 und für Weibliche auf 30 Pf. zu erhöhen. Das sind in diesen teuren Zeiten Löhne, die mehr als beisehen zu nennen sind. Der Arbeiterauschuß, der auf Grund des Hilfsdienstgesetzes auch in diesem Betriebe keinen Einzug hielt, war sehr bald zum Teil in die Reihe der Fabrikleitung gegangen. Verschiedene davon glaubten durch Liebküßeln und Demütigungen ihrer Kameraden sich ein besonderes Verdienst zu erwerben. Einer, der ja auch bei uns Mitleid war — auf weissen Beantassung wissen wir nicht —, konnte die hohen Löhne der Fabrik nicht genug loben. Derselbe Mann lehnte es ab, die beisehenden Arbeiterforderungen der Direktion zu überreichen und versuchte auch seine Kameraden nach dieser Richtung zu beeinflussen. Sehr oft legte das Wort wegen Kohlenmangel Feuerdrüchten ein. Der Verdienst wurde dadurch noch geringer. Die Arbeiter wurden oft mit halben Wochentöhnen heimgeschickt; später bezahlte die Direktion die Hälfte der Feuerdrüchten. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch steht der Arbeiterschaft der volle Lohn zu, und verschiedene Gerichte haben in letzter Zeit auch zugunsten der Arbeiter entschieden. In mehreren Wochen vor Ostem ruhte der Betrieb wieder einige Tage. Die Arbeiterschaft sollte mit 7 bis 10 Mk. Wochenlohn abgepeißt werden. Das war selbst den Unorganisierten zu toll, und die Weipenborner Papierfabrik erlebte für einige Stunden den ersten Streik. Ueber diesen Vorfall große Aufregung bei der Fabrikleitung, der Herr Direktor war nicht anwesend. Das Tapezierer- arbeiter, die Hälfte der Feuerdrüchten soll bezahlt werden. Die Arbeiterschaft nahm die Arbeit wieder auf. Der Vorgang hat dem Direktor eine schlaftere Haut bewirkt. Demunzianen werden das übrige getan haben. Am nächsten Tages wurden 12 Arbeiterinnen entlassen, die sich als besonders Heber benannt hatten. Ich nein, Herr Direktor. Die niedrigen Löhne hegen schon von selbst, das kann werden auch Strafen nichts ändern. Ob es nicht auch verstanden wird, Frauen brotlos zu machen, deren Männer, mit ihrem Leben das Baarland schützen, ist eine Frage für sich. Der Arbeiterschaft werden solche Vorgänge hoffentlich die Augen öffnen und sie überzeugen, daß alle Wohlfahrtsvereinigungen und Berpfechungen nicht fast noch mehr machen, daß nur eine gute Organisation andere Zustände schaffen kann. Das wird auch, dessen sind wir gewiß, die Arbeiterschaft in Weipenborn eines Tages voll und ganz begreifen. Infolge des in letzter Zeit fastgekommenen Nachschubs in der Leitung des Werkes wurden die Gemeinwesen zum Teil wieder eingestellt, auch sind einige kleine Zulagen erfolgt. Wenn nicht mehr erreicht wurde, so sind diejenigen schuldig, die den Verband immer noch als etwas Ueberflüssiges betrachten, und gerade den Weg mit ihren Arbeitbrüdern und -schwwestern zu gehen ablehnen, um auf ungewissen Grundstücken zu erhaschen. — Ein glänzendes Beispiel, was eine gut organisierte Arbeiterschaft erreichen kann, sind die Arbeiter der Dynamitwerke Silberdorf. Fast selbst organisiert, sind dort Löhne errungen, die einzureichen den Verhältnissen Rechnung tragen und die wir allen unsem Kollegen im Bezirk wünschen. In diesem Werke besteht ein wirklicher Arbeiterauschuß, der die Interessen der Arbeiter voll und ganz vertritt. Auch kleine Betriebe, denen bis vor kurzem der Verband ein Stück mit freien Sägeln gewesen war, die Not Wegweiser zur Organisation. Ein Betrieb mit über 100 Beschäftigten hat den Weg zur Organisation

